

**Erstausgabe**  
an allen Verkaufsstellen  
**Bezugspreis**  
in Monatsschriften 250.—  
in der Geschäftsstelle 250.—  
in den Ausgabestellen 260.—  
durch Zeitungshändler 300.—  
am Postamt 275.—  
ins Ausland 20 deutsche Mark.  
**Gernprecher:** 4248, 2273,  
8110, 3249.

Postfachkontor für Deutschland: Nr. 6184 in Dresden.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aussertretung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachzahlung.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Angebotenpreis  
1. Grundschiffzelle bis  
Anzeigeteil innerhalb  
Polens... 40.—  
Teillametteil 120.—  
Für Aufträge aus  
Deutschland 2.50 Mark  
im Teillametteil 10.—  
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:  
Tageblatt Poznań.Czeksche Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań  
der Zeitung oder Meldung des Bezugspreises.

## Die Reparationsfrage.

### Vorbereitungen auf Cannes.

Die Reparationskommission wird Deutschland die Mitteilung zulassen, daß die beiden nächsten Zahlungen vollständig erfolgen müssen.

Die voraussichtlich in Cannes von Frankreich zu erwartenden Vorschläge für die Sanierung der deutschen Staatsfinanzen bezeichnen eine Neuordnung der Reichsbankverfassung nach dem Vorbilde des Status der Bank von Frankreich oder Bank von England für unerlässlich. Sie fordern weiter die Schaffung einer Devisenzentrale und eine Verschärfung der Devisenabgabe von der deutschen Augustbank. Unter der Voraussetzung, daß die Sanierung der deutschen Finanzen durch Stabilisierung des Marktkurses und durch gewisse Streichungen im deutschen Ausgabebetrieb erzielt wird, ist Frankreich bereit, auf den Londoner Zahlungsplan zu verzichten und bei einer Lösung der Wiedergutmachungsfrage auf völlig neuer Basis mitzuwirken. Nach dem französischen Plan, der bereits detailliert vorliegt, sollen die in London vereinbarten Jahreszahlungen durch eine große internationale Anleihe, die 15—16 Milliarden Goldmark erreichen könne, abgelöst werden. Ein Teil der Anleihe würde Deutschland für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden.

In der Reichskanzlei fand eine Besprechung über das Reparationsproblem statt, an der alle für diese Frage unmittelbar zuständigen Minister und Vertreter der amtlichen Stellen teilnahmen.

### Neue Wiederaufbaubesprechungen.

London, 24. Dezember. (Tel.-lin.) Lloyd George hat mit Chamberlain, Sir Robert Horne und Evans in Downing-Street eine Konferenz mit vier bekannten Vertretern der englischen Industrie und Finanzwelt gehabt, um den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in Europa zu besprechen. Die vier Vertreter waren: Sir Robert Anderson, der Direktor der Bank von England, Gidens, Direktor der großen Schiffsbau- und Ingenieurfirma Carrmell Laird und Co., Lord Inverforth, der bekannte Reder, und Lord Dober, der das Direktorium einer großen Anzahl von Großhandelsgeschäften führt. Diese vier Herren werden nach Paris reisen, um dort Besprechungen mit einer ähnlichen französischen Kommission zu halten. Sir Evans wird sie nach Paris begleiten.

### Deutschland wartet.

Berlin, 26. Dezember. Der "Wortfarb" berichtet: Auch bis gestern hatte die Reichsregierung weder eine offizielle, noch eine inoffizielle Nachricht über das Ergebnis der Londoner Reparationsberatungen, und ebenso wenig eine Antwort auf ihren Antrag Zahlungsaufschub zu bewilligen. Sie verhält sich also abwartend.

### Abschluß der deutsch-französischen Gewerkschaftsbesprechungen.

Frankfurt a. M., 26. Dezember. (Tel.-lin.) Die Konferenz der deutschen und französischen Gewerkschaften, die sich mit dem Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Gebiete Ostfrankreichs beschäftigt, ist zu Ende gerichtet worden. Die französischen Vertreter gaben eine Erklärung ab, sich in ihren Bemühungen, durch die Heranziehung deutscher Arbeitskräfte den Wiederaufbau rascher zu verwirklichen, durch keinerlei Hindernisse, auch durch keine Koalition kapitalistischer Bruderklassen, wie vor kurzem im Gebiete von Châlons-sur-Marne, zu lassen. Die Konferenz sprach sich einstimmig für die Fortführung der Vorarbeiten zum Wiederaufbau aus und beschäftigte sich sodann mit den finanziellen und technischen Fragen. Zu allen Gründen wurde ein Einvernehmen erzielt. Zu Ehren der Vertreter fand ein Volksbildungsseminar statt.

### Ergebnisse der Londoner Besprechungen.

Über das bisherige Ergebnis der Londoner Verhandlungen läßt sich folgendes Bild gewinnen: Es scheint, daß das ganze Problem durch die Interferenz bei den politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Fragen ein vermeidliches Dilemma bildet, so daß man sich nicht von heute auf morgen einander nähern kann. Räumlich spielt die rein politische Stundenfrage und das Reparationsproblem eine große Rolle, die beide stark beeinflußt werden durch die anglo-französische Kontroverse, durch das deutsch-französische Abkommen von Wiesbaden und durch das interalliierte Finanzabkommen vom 14. August.

Die Franzosen stellen sich auf den Standpunkt, daß, wenn Deutschland eine Stundung gewährt werden soll, wenn also Frankreich vorerst kein frisches Geld in den Staatshaushalt einstellen kann, das Abkommen vom August dann zugunsten Frankreichs erweitert werden muß. Es sei nicht mehr als recht und billig, daß, wenn in absehbarer Zeit Deutschland seine Zahlungen einstellt, Frankreich wenigstens von dem bis jetzt bezahlten deutschen Geld ein Teil abbekommt. Das Finanzabkommen vom August hat bekanntlich die erste deutsche Goldmilliarde auf Grund von Prioritätsfluseln des Verfaßter Vertrages ausschließlich zwischen England und Belgien verteilt.

Die Engländer sagen, daß gerade, weil infolge einer deutschen Stundung auch für England keine deutschen Zahlungen zu erwarten sind, die englischen Ansprüche für die nächste Zeit durch das Wiesbadener Abkommen stark beeinträchtigt werden, denn nach dem Wiesbadener Abkommen würde die ganze Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches während der Stundung außer ausgeschließlich in französische Dienste gestellt werden. Auf einer Revision des Finanzabkommens vom August kann darum von der Rede sein und es fragt sich im Gegenteil, ob das Wiesbadener Abkommen insfern revidiert werden sollte, als man die deutschen Sachleistungen auch auf England erstrecke, sodurz natürlich die Sachleistungsziffern, welche man hauptsächlich gegenüber garantiert hat, eine Schwäche erfahren müßten.

Hier steht nun ein hochpolitisches Moment in der Frage, und zwar folgendes: Englands Priorität, die fast die Hälfte der ersten deutschen Milliarde verschliefte, bezog sich auf die Deduktion der englischen Besatzungskosten im Rheinland. Es scheint, daß die Engländer auf die künftige Priorität für diese Besatzungskosten verzichten wollen, unter der Voraussetzung, daß die englischen Garnisonen im Rheinland ganz bedeutend herabgesetzt oder überhaupt zurückgezogen werden.

Dieses Argument ist absolut logisch. Wenn sich die Franzosen über diese englische Priorität beklagen, so kann ihnen damit leicht gegeben werden, daß man auf die Herauslösung und dadurch auf die kostspielige Rhein- und Ruhrpolitik überhaupt verzichtet. Die gesamten deutschen Zahlungen, die für die Entente-Garnisonen verschwendet werden, werden also für die Reparationsverpflichtungen frei.

Alein es ergibt sich gleichzeitig die Frage des Schutzes der französischen Gebiete gegen eventuelle deutsche Angriffe. (1) Vom französischen Standpunkt gesehen, ist die französische Rhein- und Ruhrpolitik nichts anderes als die ebenso furchtbare wie ungünstige Gewissheit, daß ein Volk, wie das deutsche, sich auf die Dauer niemals den sogenannten Verfall Frieden gefallen lassen wird. Besonders nicht die Verstärkung der Reichseinheit, wie sie durch die Trennung der Ostmark vom Reich zum Ausdruck kommt. Das alles muß enorme Kräfte auslösen, die früher oder später zum politischen Zusammenbruch führen werden. Wenn die Franzosen seit drei Jahren feindselig auf das Zustandekommen einer Defensiven Allianz mit England warten, so geschieht das in dem Sinne, daß dadurch den Deutschen die Wiedergewinnung der abgetretenen Gebiete unmöglich gemacht werden soll.

Die Vorteile, die sich zunächst für die englische Politik aus einer Defensiven Allianz mit Frankreich ergeben können, sind nicht zu unterschätzen. Sie können in einem französischen Vertrag auf die Rhein- und Ruhrpolitik bestehen, ferner in einer vernünftigen und angemessenen französischen Reparationspolitik. Der alte Kontinent, oder vielmehr trotz allem die beiden einzigen Großmächte des alten Kontinents, Deutschland und Frankreich, stünden dann wieder in einem Gleichgewicht des politischen und wirtschaftlichen Kraftverhältnisses. Das würde für die englische Industrie und ihre Absatzbedürfnisse die Rettung vor einer beispiellosen Katastrophe bedeuten.

### Polen und Russland.

Die Reise Karachans und Szumskis nach Moskau und Charlow sind, wie versichert wird, nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern es soll sich auch um polnische Mutterdienste zwischen Frankreich und Russland handeln.

In der gesamten Presse gewinnt die russische Frage immer weiter Beachtung. Nach bisheriger halbamtlicher Auffassung stehen die Reisen Karachans in Verbindung mit den polnischen Wünschen auf schleunigste Verhandlungen über Handelsbeziehungen mit Russland, denen jetzt mehr als bisher die russischen Wünsche auf einen Transitweg durch Polen entgegenkommen. Die Warschauer Presse, die seit längerer Zeit darüber stark beunruhigt war, daß Polen bei den europäischen und deutschen Plänen hinsichtlich des Wiederaufbaus des russischen Wirtschaftslebens ins Hintertreffen geraten könnte, verzeichnet es als besonders auffällig, daß Karachan den polnischen Außenminister um Unterstützung der russischen Anerkennungswünsche bei Frankreich erucht hat. Hierbei ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß die polnische Unterstützung von gewissen Zugeständnissen Russlands in der ostgalizischen Frage und in der Frage des Handelsvertrages abhängig gemacht wird.

**Das Petljuraproblem ist noch nicht beigelegt.**  
Zwischen den Regierungen von Polen und der Ukraine sind Unterhandlungen über die Konsequenzen des Petljuraufstandes im Gange und die ukrainische drängt auf Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um überfälle, ähnlich dem Petljurischen, zu verhindern. Diese Unterhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

**Die Handelsbeziehungen haben eine erstklassige Bedeutung.**

Abgesehen davon, daß sie von selbst für die Wirtschaft beider Länder unerlässlich und nützlich sind, sind sie in noch größerem Maße für die Schaffung einer freundschaftlichen und auf gegenseitigem Vertrauen beruhenden Atmosphäre unerlässlich. Nichts trägt in solcher Weise zur Belebung der Verbündeten und des Mützentrans bei, wie die wirtschaftlichen Beziehungen.

Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, lege ich Ihnen eine so große Bedeutung bei. Sie sind übrigens von selbst für Polen von erstklassiger Bedeutung. Wenn Russland noch auf anderen Textilmärkten Einkünfte mache und dort sogar teurer zahlen kann als in Polen, so ist es klar, daß die polnische Textilindustrie in Russland einen ungeheurem Abnehmer haben kann.

**Das Handelsabkommen wird demnächst getroffen werden.**

In nächster Zukunft wird zu den Unterhandlungen in Sachen der Redigierung des Handelsabkommens geschritten werden, das, wie angenommen werden darf, ohne größere Schwierigkeiten zustande kommen wird. Dadurch werde unerlässliche formelle Bindungen für die Durchführung des Warenaustausches ohne Hindernisse und mit günstigem Ergebnis entstehen.

**Polen soll zur Brücke zwischen Russland und Westeuropa werden.**

Nicht den letzten Platz wird Polen auch in der Frage des Transits von und nach Russland einnehmen. Es muß bemerkt werden, daß die polnische öffentliche Meinung immer mehr begreift, daß es nicht im Interesse Polens liegt, Russland irgendwelche Schwierigkeiten bei der Benutzung des polnischen Territoriums für die Durchfahrt zu bereiten. Auf die Rolle einer Brücke, über die der Handel Russlands mit Westeuropa vor sich gehen soll, erheben mehrere Russland benachbarte Staaten Anspruch. Polen hat auf diese Rolle kein geringes Unrecht.

### Faschist Kongress.

Florenz, 23. Dezember. Hier findet ein Kongress der Faschisten statt. Besprochen wird das Programm der Partei, welches das Zentralkomitee der Faschisten in Mailand vorlegte. Vorsitzender des Kongresses ist der ehemalige sozialistische Abgeordnete aus Mailand, Ruccolini. Der erste Paragraph des Programms lautet, daß die Gruppe der Faschisten sich in eine politische Partei umwandelt, um ihre Organisationsdisziplin zu stärken. Hauptpunkte des Programms sind folgende: Herstellung der Staatsautorität, Aufrechterhaltung des nationalen Geistes und Schutz des Privateigentums. Die internationalen Verträge müßten einer Revision unterzogen werden und eine Änderung erfahren, falls ihre Anwendung unmöglich ist. Die erste Schulbildung müßte nationalen Charakter tragen.

### Die Option.

Berlin, 23. Dezember. (Tel.-lin.) Gemäß Artikel 91 des Vertrages von Versailles können die ehemaligen Reichsdeutschen, die nach denselben Artikel die polnische Staatsangehörigkeit unter Verlust der deutschen erworben haben, bis zum Ablauf des 10. Januar 1922 für die deutsche Staatsangehörigkeit optieren. Ebenso können innerhalb des gleichen Zeitraumes die Polen deutscher Staatsangehörigkeit, die am 10. Januar 1922 das Inkrafttreten des Vertrages von Versailles in Deutschland ihren Wohnsitz hatten, für die polnische Staatsangehörigkeit optieren. Die Optionsordnung regelt die Durchführung dieser Bestimmungen des Artikels 91. Sie bezieht sich nicht auf das oberste Abstimmungsgebiet. Dort treten die Bestimmungen des Artikels 91 erst nach der endgültigen Bezeichnung in Kraft. Die Regelung der Option mußte einseitig von Deutschland erfolgen, da es trotz wiederholter Bemühungen der deutschen Regierung nicht gelungen ist, im Sinne des letzten Absatzes des Artikels 92 ein Optionsabkommen mit Polen zu schließen. Da die Optionsfrist am 10. Januar abläuft, hat Polen, wie bekannt, bereits im Sommer vorigen Jahres eine Optionsordnung einseitig erlassen. Die deutsche Optionsordnung gibt allgemeine Bestimmungen für die technische Ausübung des Optionsrechtes. Das preußische Ministerium des Innern wie die entsprechenden Behörden der Länder und das Auswärtige Amt haben für ihren Bereich die ergänzenden Weisungen gegeben. Ferner sind für Entgegnahme der Optionserklärungen die höheren Verwaltungsbehörden zuständig. Das ist für Berlin der Polizeipräsident, im übrigen Preußen die Regierungspräsidenten, im Ausland einschließlich den an Polen abgetretenen Gebieten nehmen die diplomatischen Vertretungen und Verfassungsconsulate die Optionserklärungen entgegen. Den Optanten wird zunächst eine Bescheinigung über die Abgabe der Optionserklärung, später nach Prüfung seiner Berechtigung zur Option, eine Optionsurkunde ausgestellt. Über den Kreis der Optionsberechtigten bestehen zwischen Deutschland und Polen infolge verschiedener Auslegung der Bestimmungen des Artikels 91 Meinungsverschiedenheiten. Nach unserer Auffassung, die natürlich für die deutschen Optionsbehörden maßgebend ist, können für die deutsche Staatsangehörigkeit alle Personen optieren, die am 10. Januar 1920 als deutsche Staatsangehörige ihren Wohnsitz in dem endgültig als Bestandteil Polens anerkannten Gebiete hatten und dort bereits vor dem 2. Januar 1908 ansässig waren. Hierunter fallen auch Beamte. Ununterbrochene Behaltung des Wohnsitzes in Polen in dem genannten Zeitraum ist nicht erforderlich. Wer sowohl in Polen als auch in Deutschland seinen Wohnsitz hatte, ist ebenfalls optionsberechtigt. Alle Polen deutscher Staatsangehörigkeit, die das Recht der Option für Polen haben, gelten als deutsche Staatsangehörige polnischen Stamms und polnischer Muttersprache. Die übrigen Punkte der Optionsordnung bedürfen keiner weiteren Erläuterung. Die Optionsbehörden haben eingehende Weisungen für ihre Tätigkeit erhalten und die Öffentlichkeit wurde durch amtliche und halbamtliche Mitteilungen auch in der lokalen Presse unterrichtet. Die Optionsberechtigten haben 28 Monate Zeit gehabt ihr Entschluß. Die Optionshandlung ist schnell vollzogen, so daß die bis zum 10. Januar verbleibende Frist zur Erledigung der Option vollzogen genügt. Es ist anzunehmen, daß wirtschaftliche und andere Gründe nicht wenige Optionsberechtigte veranlassen werden, auf das Optionsrecht für Deutschland zu verzichten. Diese Stammesgenossen können versichert sein, daß ihrer späteren Wiederbürgerung in Deutschland keinerlei Schwierigkeiten gemacht werden. Zum Schluß sei noch auf die Lage derjenigen deutschen Staatsangehörigen hingewiesen, die nach Artikel 4 des sogenannten Minderheitsenschutzabkommens, das zwischen Polen und der Ukraine geschlossen wurde, Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit haben. Sie müssen im Bereich der heutigen polnischen Republik von Eltern geboren sein, die zurzeit der Geburt dort ihren Wohnsitz hatten. Wenn diese Reichsdeutschen von ihrem Recht auf die polnische Staatsangehörigkeit nicht Gebrauch machen wollen, empfiehlt es sich, daß sie der zuständigen polnischen Behörde eine entsprechende Erklärung zugeben lassen, um etwaige spätere Mißverständnisse und Schwierigkeiten von polnischer Seite zu vermeiden.

### Die Wilnaer Wahlen.

#### Frankreichs Wünsche.

Der Berichterstatter der "Danziger Neuesten Nachrichten" berichtet aus Warschau:

In dem bereits erwähnten Kabinettssitz wurde, wie man jetzt erfährt, auch die Wilnaer Frage behandelt. Wie das sozialistische Zentralorgan "Robotnik" indirekt ausplaudert, lag den Beratungen ein Schreiben Briands zugrunde, das sich gegen die Aufzwingung einer einseitigen Entscheidung dem Wilnaer Parlament gegenüber ausspricht. Das heißt mit andern Worten, Frankreich hält es für den Zweck einer Bewertung des Votums der Wilnaer Volksvertretung für notwendig, daß dieser nicht nur wie es die Nationaldemokratie und Sławnost bisher plänen und wohl auch durchsetzen werden, lediglich die Beantwortung der Frage zugestanden wird, ob sich das Wilnaer Land Polen anschließen will oder nicht, sondern daß dem Parlament freie Entscheidungsmöglichkeit nach jeder Richtung hin belassen wird.

Die Nachrichten des "Robotnik" finden auch anderweitige Bestätigung, doch verlautet, daß im Ministerrat die Auffassung Sławnost durchgebrungen sei, der in dieser Frage den französischen Maßnahmen zunächst einmal opponieren oder sie wenigstens nicht richtig vertreten will. Um so mehr entbrannt nun wieder der Kampf in dieser Frage zwischen den nationaldemokratischen Anexionisten und den Unabhängigen Wilnuds, die ein autonomes Wilnaer Gebiet schaffen und dieses dann mit Polen föderieren wollen, um auf diese Weise allmählich einen friedlichen Ausgleich zwischen Litauen und Polen anzubahnen. Dieser letztere Plan liegt bekanntlich im Sinne der französischen Oppositio, die einen Trennungswall zwischen Deutschland und Russland zu schaffen bemüht ist.

## Die U-Boot-Frage in Washington.

Washington, 25. Dezember. Der britische Vertreter Lord Lee hielt in der letzten öffentlichen Sitzung der Washingtoner Konferenz eine lange Rede, die in einem mächtigen Appell für die vollständige Ausschaltung der U-Boote auslief. Großbritannien sei bereit, diese Schiffskategorie vollständig aus seiner Flotte auszumerzen und das Personal zu entlassen, wenn die anderen Mächte dasselbe tun. Die Konferenz unterbrach die Verhandlungen für die Dauer des Weihnachtsfestes.

### Ein italienischer Vorschlag.

Washington, 26. Dezember. (Tel.-Un.) Die italienische Abordnung hat der Flottenkommision vorgeschlagen, eine zweite internationale Konferenz von größerem Umfang einzuberufen, sobald die jetzige Abbrüfungskonferenz abgeklungen wird, um dann die U-Boots-Frage und das Problem der kleinen Schiffe zu besprechen.

## Polen und Danzig.

### Die Ausweisungen polnischer Staatsbürger aus Danzig.

Danzig, 26. Dezember. (Tel.-Un.) Der Danziger Senat hat in der Zeit vom 1. September bis 30. November 1921 68 polnische Staatsangehörige, 48 deutsche Staatsangehörige und 21 Angehörige anderer Nationalitäten aus dem Danziger Freistaat ausgewiesen. Die polnische Regierung hat sich aus diesem Grunde beschwerdefürend an den Völkerbundkommissar in Danzig gewandt, da das Verhalten der Danziger Behörden gegen den Versailler Friedensvertrag verstößt, dessen Artikel 104 bestimmt, daß von Danziger Behörden kein Unterschied in der Nationalitätenfrage zum Schaden der polnischen Staatsangehörigen und anderer Personen polnischer Ursprungs und polnischer Sprache gegenüber Danziger Bürgern gemacht werden darf. Das Verfahren Danzigs verletzt die garantierten Rechte der polnischen Republik in Danzig, schlägt Polen vor dem freien Zutritt zum Meere über den Danziger Hafen aus und schädigt polnische Firmen in Danzig. Der Danziger Senat hat demgegenüber auf die wachsende Wohnungsnott und das Interesse der Staatsfischer hingewiesen. Der Oberkommissar des Völkerbundes hat nun entschieden, daß bei Ausweisungen polnischer Staatsangehöriger aus Danzig die Danziger Regierung Hand in Hand mit dem polnischen Generalkommissar zu gehen hat. Erst wenn der polnische Minister in Danzig keinen Einspruch gegen die Ausweisung eines Polen erhebt, darf diese zwangsläufig durchgeführt werden. Falls beide Staaten sich nicht einigen können, ist jeweils die Entscheidung des Oberkommissars entschieden.

\* Eine polnische Kirche für Danzig. Die Verteilungskommission über das ehemalige deutsche Staatsgut in Danzig hat der polnischen Regierung auf dem ehemaligen Festungsgelände bei Neugarten ein Terrain in Größe von zwei Hektar zugewiesen, auf dem eine polnische Kirche erbaut werden soll.

## Dr. Schiffer über die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Reichsminister a. D. Schiffer, der deutsche Bevollmächtigte bei den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, empfing die Vertreter der Presse und berichtete über die während der bisher geprägten Verhandlungen gewonnenen Eindrücke. Einleitend wies er auf die Schwierigkeiten hin, die feinerzeugt die Bildung der deutschen Delegation sowie der Ausgleich der Interessengegensätze zwischen den bei Deutschland verbleibenden und den an Polen entfallenden Bevölkerungsseiten bereite. Bezuglich der bereits geprägten Wirtschaftsverhandlungen selbst erklärte Schiffer, daß die technischen Fragen die größten Schwierigkeiten boten. Indes müsse der Wille der Polen auf eine sachliche Einhaltung zu diesen Problemen anerkannt werden und es besteht daher auch die Hoffnung auf die Erzielung einer Einigung. Größte Sorge bereiten den Polen die mit unerhörten Geldkosten — Schiffer sprach von 8½ Milliarden Mark — verknüpfte Lebensmittelversorgung der an sie kommenden oberösterreichischen Bevölkerungsseiten, die nur 10 b. g. aus den Beständen der oberösterreichischen Landwirtschaft ernährt werden könnten. Die staatsrechtliche Übergabe der an Polen abzutretenden Gebietsteile erwartet Schiffer, nachdem die Grenzführung bereits geregelt ist, für März nächsten Jahres.

## Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(Urheberrecht 1918 durch Greiner & Comp., Berlin B. 30.)

(19. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.) Anfangs hörte Marei gar nicht hin. Dann fragte sie plötzlich: "Was ist nicht wahr?" Worauf Frau Milly eifrig und leise zu reden begann, so schnell, daß die angstvoll lauschenden Kinder nichts verstehen konnten.

Auf einmal war sie wieder fort. Marei aber fiel mit ächzendem Laut zu Boden.

Eine Weile standen die Kinder starr. Dann stiehen sie sie leise an. Sie regte sich nicht. Da schrie Gretlein gelöst auf:

"Sie ist tot! Tot! Stina — die Marei-Tante ist tot!" Worauf Stina erschrocken herbeieilte, Marei auf ihr Bett trug und den Kindern unwirsch befahl, still zu sein.

So wurde es Tag.

Marei lag nun mit offenen Augen im Bett. Ihr Blick war immerzu auf einen Punkt draußen am trübem Morgenhimmel gerichtet. Stina lochte das Frühstück. Dann kam Onkel Basti. Aber er hatte keine Zeit für die Kinder. Erst sprach er lange mit Stina, dann ging er hinab und rief im Hof Knecht und Mägde zusammen.

Die Kinder tranken still ihre Milch und schlichen wieder in Mareis Stube.

"Marei-Tant? Liebe Marei-Tant," sagte Gretlein einmal, an das Bett tretend und schüchtern über Mareis schlaf däligende Hand streichelnd.

Aber Marei schien weder zu hören noch zu fühlen. Sie rührte sich nicht.

Da drückten sich die Kinder schein in einen Winkel und blieben dort, nur zuweilen leise flüsternd, hocken.

Endlich kam Stina wieder herein. Sie warf einen unruhigen Blick auf Marei und sagte: "Willst nicht aufstehen, Marei? Schau — es geht schon bald auf Mittag!"

## Programm der neuen belgischen Regierung.

In seiner Erklärung über das Programm des neuen Kabinetts betonte Ministerpräsident Thénard:

Die wirtschaftliche Lage müsse die Tätigkeit der Regierung beherrschen. Die Regierung sei entschlossen, in der Verwaltung in weitem Umfang Sparmaßnahmen einzuführen. Durch langwierige Anstrengungen zu machen, um zum Wiederaufbau seiner internationalen Stellung zu gelangen, die durch Bündnisse und Freundschaft mit Frankreich und England beherrscht würde. Belgien werde mit Feingehalt darüber wachen, daß die Rechte und Interessen Belgiens aus dem Vertrage von Versailles geachtet würden. Besondere Wachsamkeit sei vonnöten hinsichtlich der Entwicklung und der Aburteilung der Kriegsbeschuldigten.

Was die Reparationen betrifft, so habe Belgien bereits ihre Unverlässlichkeit für das Land bewiesen. Deutschland wolle sich heute der Bezahlung der nächsten Fälligkeiten entziehen. Das dürfe nicht geschehen, sei doch Deutschland für die Lage, in der es sich befindet, direkt verantwortlich. Bei den bevorstehenden Besprechungen würden die belgischen Interessen in energetischer Weise verteidigt werden. Das belgische Vorrecht sei ein Minimum, das die Alliierten Belgien zuerkannt hätten. Es werde von den Alliierten geachtet werden, in Belgien werde nicht zulassen, daß jemand daran arbeite.

## Sowjetrussland.

### Amerikas Beziehungen zu Russland.

Washington, 26. Dezember. In diesen Tagen kehrte aus Russland der ehemalige Gouverneur des Staates Indiana, Goodrich, zurück, der als Teilnehmer der Versiegungskommission Hoovers in Russland weilte. Goodrich erstattete dem Präsidenten Harding einen Bericht, in dem er erklärt, daß Russland eiligen Schrittes dem kapitalistischen System aufkreuzt. Hierbei wies er auf die Mängel in der Verwaltung und im Gerichtshof hin. In Russland gut informierten Kreisen nimmt man als sicher an, daß Goodrich nach den Weihnachtsferien nach Russland als amtlicher Abgesandter, dessen Aufgabe das Sammeln von Informationen für die amerikanische Regierung sein soll, zurückkehren wird. An der Hoover-Aktion wird Goodrich nicht mehr teilnehmen. Da Goodrich ein naher Freund des Präsidenten Harding ist, so muß seiner Reise nach Russland groÙe Bedeutung beigemessen werden.

### Lenins Ablehn vom Kommunismus.

Paris, 26. Dezember. (Tel.-Un.) Das "Journal" meldet aus Riga: Lenin erklärte bei der Eröffnung des neunten sozialistischen Kongresses, daß der Kommunismus bei dem heutigen Verfall in Russland den Kampf nicht durchsetzen könne und daß augenblicklich von der Vernichtung des Kapitalismus nicht mehr die Rede sein könne. Man müsse den Kapitalismus beibehalten und ihn zum Staatskapitalismus umbilden.

### Russische Mobilmachung gegen Karelien.

Riga 26. Dezember. (Telunion) In Petersburg ist die Mobilmachung aller Kommunisten im Alter vom 20. Lebensjahr angeordnet worden. Sie werden nach Karelien entsandt, wo große Kämpfe stattfinden.

## Unruhen in Ägypten.

Aus Kairo wird gemeldet: Bei den Unruhen wurden zwei Personen getötet. In Alexandria wurden 500 Personen, die Kundgebungen veranstaltet wollten, von der Polizei zerstört.

Der kleine englische Kreuzer "Gresley" und ein Hilfsschiff haben Befehl erhalten von Malta nach Ägypten in See zu gehen. Weitere Schiffe erhielten Anweisung, sich zur sofortigen Abreise bereit zu halten.

### Finanzsperrre für Bagdad Pascha.

London, 25. Dezember. (Telunion) Aus Kairo wird gemeldet: Eine Proklamation des Generals Allenby verbietet allen Banken und Finanzinstituten irgend welche Wertsachen Bagdad Pascha oder die ägyptische nationalistische Organisationen und deren Anhängern ohne seine Genehmigung auszuzahlen. Bei den Unruhen sind starke Verwüstungen vorgekommen. Sechs Anhänger Bagdads die die Unruhen verweigerten, wurden verhaftet.

### Verbot politischer Betätigung Bagdad Pascha.

London, 25. Dezember. (Telunion) Die militärische Administration in Ägypten hat dem nationalistischen Führer Bagdad Pascha verboten, sich weiter mit Politik zu beschäftigen, um ihm sowie mehreren sowie mehreren seiner Anhängern sofort nach ihrem Geburtsort zurückzuführen. Neuer meint, daß er wahrscheinlich den Gehorsam verweigern würde, so daß er unter militärischem Zwang an dem ihm zugewiesenen Ort gebracht werden würde. Zusammenföhrer der Aufständischen mit der Polizei fanden statt, wobei verschiedene Aufständische erschossen wurden.

Ohne die Frage zu beantworten, griff Marei plötzlich angstvoll nach der braunen Hand der Alten. Ihre Augen richteten sich in brennender Glut auf die Magd.

"Stina — Du warst ja immer um sie — hast Du je bemerkt, daß sie und der — Zahlmeister . . . die Milly sagt . . . nein, die Leute, die Leute . . ." stammelte sie tonlos. Stina strich ihn in unbeholfenem Mitleid das feuchte Blondhaar aus der Stirn.

"Nein, Marei, nie habe ich was bemerkt. Und es war auch nie etwas zwischen ihnen! Glaub's nicht, was sie Ihnen da jetzt aufzwingen wollen. Die Leute sind halt so viel schlecht!"

Ein tiefer Atemzug hob die Brust des jungen Mädchens.

"Die Leute sind so schlecht . . ." wiederholte sie mechanisch. "Das hat auch er gejagt . . ."

Stina fuhr ärgerlich fort: "Streng und scharf war sie schon, die Frau! Manchmal auch ein bisschen hart, aber daß sie je was Sündhaftes geäußert hätte, das nicht! Weder mein Großvater noch mit dem Zahlmeister. Dafür verbündete ich gleich selber meine Chr'! Aber weil die beiden halt stolz waren und sich nicht mit jedermann gemein machen, darum sind sie Ihnen aufsässig! Sollst gar nicht hören auf das garstige Gerede, Marei!"

Marei antwortete nicht. Aber ihr Atem wurde ruhig, und ihr Gesicht bekam wieder Farbe. Wie wenn zwischen den trübem Regenwolken draußen auf einmal die Sonne erschienen wäre, so tauchte in dem Dunkel dieses jämmerlichen Tages eine Erinnerung in ihr auf.

"Ich hab' Dich lieb, Marei, baran halte fest! Das denk' und sonst nichts — nichts!" so hatte er vor wenigen Tagen zu ihr gesprochen, schon ohnend vielleicht, daß sie bald einen festen Stab brauchen würde, an den ihre zitternde Liebe sich klammern könnte.

"Ich hab' Dich lieb, das denk' und sonst nichts."

## Arbeiterbewegung.

### Streikdrohung Breslauer Eisenbahner.

Breslau 26. Dezember. (Telunion) Mehrere tausend Eisenbahner des hierigen Direktionsbezirks demonstrierten vor dem Direktionsgebäude und übermittelten der Reichsregierung, sowie den Spartenorganisationen telegraphisch eine Entschließung, in der ein sofortiger Wochenschuß von 1000 M. sowie sofortige Steuerung der Ortschafteneinteilung für alle Etre gefordert und im Falle der Ablehnung mit sofortigem Streik droht wird.

### Zunehmende Erregung der Eisenbahner in Halle und Essen.

Berlin, 26. Dezember. Die Dreiverbände der Eisenbahner in Halle und Essen haben die Entschließung eines Vertreters des Berliner Hauptvorstandes verlangt, damit dieser sich von der Stimmung der Beamten unterrichten und den Reichstagsbericht erläutern könne.

### Für den Achtfundstag.

Berlin, 26. Dezember. Der "Vorwärts" erklärt in einem Leitartikel: Die Entente kann uns nicht zwingen, länger als acht Stunden zu arbeiten und unsere Regierung kann uns mit ihrer Aktion der Arbeitsbereitschaft nicht verhindern, einer Durchsetzung des Achtfundstages zuzustimmen. Der Achtfundstag muß erhalten und gesichert werden.

### Eine erste Krise bei Beratung des Eisenbahnarbeitszeitgesetzes.

Berlin, 26. Dezember. (Telunion) Die Eisenbahnderwaltung hat den Entwurf des Arbeitszeitgesetzes mit den Hauptvertretungskörpern des Personals unter Hinziehung von Gewerkschaftsvertretern beraten. Dabei hatten sich so große Meinungsverschiedenheiten ergeben, daß die Verhandlungen sehr bald auf einen jeden Punkt gelangten. Nunmehr hat die Verwaltung es abgelehnt, den Entwurf mit dem Personal weiter zu beraten, weil er bereits im Kabinett in Verhandlungen genommen sei und weil aus außenpolitischen Gründen und auch nach einem periodischen Wunsche des Reichskanzlers die Beschleunigung der Beendigung des Einwandes naheliege. Hiergegen wird seitens des Hauptbeamtenrates und des Hauptbetriebsrates sowie auch seitens der Gewerkschaften Protest erhoben.

## Politische Tagesneuigkeiten.

Der neue englische Generalstabschef. Als Nachfolger des Feldmarschalls Sir Henry Wilson ist mit Amttritt seiner Stellung am 19. Februar 1922 zum neuen englischen Generalstabschef Lord Gavan ernannt worden. Dieser hat bei Beginn des Krieges zuerst eine Gardebrigade und nachher die Gardebrigade kommandiert. Im Jahre 1918 stand er an der Spitze der 10. Armee. Feldmarschall Wilson, der bisherige Generalstabschef, ist jetzt 57 Jahre alt. Die englische Heeresleitung hält offenbar auf Verjährung ihrer Kommandozeit. Wilson ist bei Kriegsausbruch als Unterstabschef des Generals French nach Frankreich gekommen. Er bekam damals ein Armeekorps und wurde später als Verbindungsoffizier zur französischen Heeresleitung kommandiert. 1917 wurde er englischer Vertreter im Ententeriegesrat in Versailles. Im Februar 1918 wurde er Generalstabschef der englischen Armee.

Internationale Postausweiskarten. Vom 1. Januar 1922 werden Postausweiskarten mit zweijähriger Gültigkeitsdauer ausgegeben, die nicht nur im Inlande, sondern auch für die meisten Auslandsreisen Gültigkeit haben.

Der belgisch-luxemburgische Wirtschaftsvertrag ist von der Kammer angenommen worden.

## Deutsches Reich.

\*\* Stofflieferzeugung durch die Landwirtschaft. Die die Telunion von vertrauenswürdiger Seite hört, beabsichtigen kapitalistische Kreise der Landwirtschaft, unter Ausnutzung neuer Erfahrungen eigene Stofflieferwerke anzulegen. Zurzeit hat die Landwirtschaft auf Erzeugung, Absatz und Preisbildung des Stofflieferbürgers seinerlei Einfluss. Die praktische Bedeutung einer Übernahme der Erzeugung des wichtigsten künstlichen Düngers in eigene Regie ist für die landwirtschaftliche Produktionssteigerung ziemlich groß.

\*\* Der Druckpapiermangel. Amtlich wird mitgeteilt: Das Erscheinen einzelner Tageszeitungen ist dadurch in Frage gestellt, daß die Druckpapierindustrie die ihr obliegenden Verpflichtungen zur Papierablieferung nicht rechtzeitig erfüllt. Soweit dies nicht auf Kohlen- und Wagenmangel zurückzuführen ist, werden die erforderlichen Maßnahmen mit allem Nachdruck getroffen. Im übrigen liegt die Vermutung nahe, daß wegen der am 1. Januar 1922 bevorstehenden Preiserhöhung mit den Lieferungen zurückgehalten wird. Seitens eines süddeutschen Freistaates sind bereits Ermittlungen eingeleitet. Weitere Feststellungen dieser Art werden vorgenommen werden, auch wird eine Einschränkung der Druckpapierausfuhr eintreten müssen, wenn nicht in der Belieferung notleidender Zeitungen mit Druckpapier als bald eine Besserung eintrete.

Ja — daran wollte sie sich nun halten! Mit keiner Wimper mehr zucken, wenn die Flut schmutziger Verdächtigungen an ihrem Ohr vorüberrauschte.

Das andere, daß er irgendwie beteiligt sei an dem Mord — das war ja so albern, daß es ihre Gedanken kaum ernstlich beschäftigen konnte . . .

### VIII

Doktor Blomberg, der die Voruntersuchung im Falle Brintner führte, ging in seinem Bureau auf und nieder.

Was sollte er eigentlich denken von der Sach? Hatte er sich überredet, als er die drei, gegen welche sich die Volksstimme erhob, verhafsten ließ?

Je weiter die Untersuchung vorwärts schritt, desto verwirrter schien ihm die Angelegenheit zu werden. Und anfangs schien alles so klar!

Da war dieser alte Mann, der im Ausgeding lebte, sich mit Sohn und Schwiegertochter schlecht vertrug und ihnen offenbar im Wege war. Er besaß noch ein bedeutendes Vermögen auf das sie warteten. Gerüchteweise verlautete, daß er wieder heiraten wollte, wodurch das ersehnte Geld in fremde Hände gelommen wäre.

Diese Tatsachen ergaben einen Anhalt für das Motiv. Wenn der Alte starb, erbten die Jungen, und die Heirat wurde verhindert.

Aber die Hausdurchsuchung hatte nichts ergeben. Die Indizien beschränkten sich auf Gerüchte. Diejenige, die den ersten Verdacht gegen Andres Brintner ausgesprochen hatte, war die Frau, die der Alte angeblich heiraten wollte, und sie mußte schon bei der ersten Einvernahme zugeben, daß dieser Verdacht nur eine persönliche Vermutung war, gestützt auf die Klagen des Ermordeten. Dann kam die überraschende Befreiung des Mannes gegen die eigene Frau. Justitia Brintner machte einen kalten, verschlossenen Eindruck, wodurch ihre Unbeliebtheit bei den Leuten ersichtlich wurde. Aber nachweisen hatte man ihr bisher nichts können, nicht einmal den kleinsten Widerspruch in ihren Aussagen.

Gedächtnis vor!

## Aus der polnischen Presse.

Von der Stimmung der polnischen Bauernschaft handelt ein Aufsatz im Krakauer "Cas". Der Verfasser des Aufsatzes (Spelz) schreibt unter anderm: "Allen Versprechungen gegenüber, die ihnen vor den Wahlsäten gemacht wurden, verhalten sich die meisten Bauern sehr skeptisch. Offenbar gefällt es dem Bauer, daß er bei Leistung der Vermögensabgabe nur die Hälfte oder sogar ein Viertel dessen vom Morgen zu zahlen hat, was die Eigentümer größerer Güter werden zahlen müssen. Am liebsten möchte er noch weniger oder gar nichts bezahlen. Mit Anerkennung nimmt er es jedoch entgegen, daß der größere Teil der Abgabe von den „Herren“ für die Bauern getragen wird. Mancher jügt sich schon darüber, was werden wird, wenn die „Herren“ vollkommen parzelliert werden. Auf wen kann dann das Schwergewicht der Abgaben übertragen werden? Dieser Gedanke beunruhigt den Bauer. Daher ist er auch durchaus nicht für eine radikale Durchführung der Agrarreform. Die ganz Agrarreform sieht er kritisch an: er fürchtet die großen Schwierigkeiten und Kosten, die der Ankauf des Bodens mit sich bringen wird, und die immer höher werdende „Lapówka“, die er für die Erlaubnis, den Boden zu kaufen, glaubt zahlen zu müssen. Der Gutsbesitzer, der Land verkaufst, will mit den Landämtern nichts zu tun haben und wälzt die ganze Sorge und Mühe um die Erlaubnis der Besitzübergabe auf den Käufer, das heißt den Bauern. Dieser aber kann ohne große Schmiergelder nichts erzielen. Wenn er aber mit dem zu gekauften Boden zusammen mehr als 40 Morgen besitzt, muß er wieder zahlen, damit ihm erlaubt wird, den Boden seinen Kindern zu übergeben. Der Boden kommt ihm also, wenn man alles das zusammen berechnet, bedeutend teurer zu stehen, als er ihn kaufen könnte, wenn alle diese Schwierigkeiten, die durch die Agrarreform eingeführt wurden, nicht beständen. Für den woglabenden Bauer bedeutet die Agrarreform eine Reihe unerträglicher Schikanen und Erfüllungsnot und eine große unnötige Ausgabe zur Erhaltung Laiusforder von Beamten und Kommissionsmitgliedern, — eine Ausgabe, die einmal, früher oder später, durch gewaltige Vermehrung der Steuern auch ihn treffen wird. Der arme Bauer blickt auf die Agrarreform geradezu mit Wut. Es sieht schon voraus, daß fast das gesamte Land in die Hände der amerikanischen Rückwanderer und der reichen Bauern übergehen wird, die dafür zahlen können. Es aber bekommt als Armer nichts umsonst. Es zieht auch mit Schmerz und Sorge, daß er durch das allmähliche Schwinden der großen Güter die Existenzmöglichkeit verlieren wird. Die Bauern also haben für die Urheber der Agrarreform nicht die geringste Sympathie. Herr Witos und seine Anhänger imponieren ihnen nicht mehr, und wenn sie außerhalb noch hören, daß dieser oder jener der Päpste sehr schnell zu großem Reichtum gekommen ist, daß er sich durch sein Abgeordnetenmandat und durch die Politik bereichert, dann beginnen die Bauern auf ihre Abgeordneten mit immer größerem Neid zu blicken. Wenn von den Wahlauftreten der Päpste gesprochen wird, sagen die Bauern einmütig, als wenn sie sich verabschiedet hätten, „die bisherigen Abgeordneten haben sich schon fast genug gegessen, mögen sie jetzt zu Hause sitzen und ausruhen, und mögen andere nach Warschau fahren“, und wenn er von diesen andern spricht, so denkt jeder: warum soll gerade ich nicht dieser andere sein? Die Bauern werden also Herrn Witos und seinen Anhängern nicht mehr folgen. Eine Ausnahme werden vielleicht die Herren Siedlungsamt und Bojta bilden, die sich noch eines schwachen Vertrauens erfreuen, zum Teil darum, weil sie sich durch die Politik nicht bereichert und so keinen Neid erwecken. Die Päpste partei wird also in Westgalizien einen bedeutenden Teil ihrer bisherigen Mandate verlieren. Ob sie dieses wieder wo anders, in Ostgalizien, im ehemaligen Kongresspolen, in den Grenzgebieten oder in Großpolen ausgleichen kann, ist schwer vorzusagen. Wer aber wird von diesem erwarteten Fall der Päpste Vorteil haben. Ob Stawinski? Vielleicht in ethischen Kreisen. Die Mehrzahl der Bauern hat aufgehört, radikal zu sein. Sie sind jetzt für eine gemäßigte Richtung, sind konserватiv. Sogar dort, wo der Bauer noch sehr unanfechtbar ist und wo er von seinen Vorfahren Panzerismus und Raublust erbt, wollen die Bauern nichts mehr von ihren bisherigen Abgeordneten Dobal, Ostoja, Krempe und Sudol hören. Ob vielleicht die Geistlichkeit, etwa die Herren Matakievici und Subelski, Vorteile davon haben werden? Den Geistlichen ist es nicht gelungen, sich ein größeres Vertrauen zu erwerben, und aus Herrn Matakievici machen sich die Bauern gar nichts; sie verbreiten seinen Namen in böhmischer Weise. Wer hier von Vorteil haben wird, das kann man beim Beginn der Agitation vor den Wahlen noch nicht voraussehen. Möglich ist auch, daß keine der bestehenden Parteien hieraus Nutzen ziehen wird, sondern nur in weiten Kreisen bekannte einzelne ernste, unparteiische Kandidaten, wenn sie sich auf eine der bestehenden Sejmgruppen stützen, denn unter den Bauern kann man schon ein großes Schwinden des Parteidienstes bemerken. Das Parteidienstes jedoch werden sie sehr schnell ab. Sie folgen hierbei dem Beispiel der Intelligenz. Hieraus kann sich das Entstehen einer neuen Gruppe ergeben, die sich auf die gemäßigte Bauern- und auf die unparteiische Agrarintelligenz stützt. Eine solche Gruppe könnte bei der allgemeinen Wählerrückung den gegenwärtigen Parteien gegenüber Hoffnung auf Wohlerfolge haben.

der Fahnenweihe des 57. Inf.-Regts. beiwohnen. Von dort kehrt er wieder nach Warschau zurück.

## Nach dem Feste.

Das liebe Weihnachtsfest mit seinem Lichterglanz und seinem Kinderjubel, der auch in die durch der Seiten Unruhe bewegten Herzen der Eltern etwas Weihnachtsfreude hinaüberstrahlt ließ, liegt hinter uns. Es hat uns für einige Stunden herausgerissen aus der Unrat der Gegenwart und in den Festpredigten der durch besonders zahlreichen Besuch ausgezeichneten Gottesdienste den Weihnachtsfrieden gebracht, der seit der ersten Weihnacht von der Krippe im Stall der Herberge zu Bethlehem nun schon zwei Jahrtausende auf die sich mühsende und seufzende Menschheit ausspricht. Freude lehrte ein auch in die Hütten der Armut, der diesmal dank der Weihnachtsgefreudigkeit weiter Kreise auch in unserer Stadt der Gabenfisch gedeckt werden konnte. Was in der Hinsicht an Vermehrung gelüftet worden ist, entzieht sich im eingeladenen unserer Kenntnis. Aber wenn man von dem, was auch in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, einen wohl nicht unberechtigten Rückschluss auf das Gange machen darf, so hat die Gebeleidigkeit am Weihnachtsfeste diesmal in einem ganz besonderen schönen Lichte gestrahlt. In der Christuskirche in St. Lazarus waren dem Verein „Frauenhilfe“ anbarem Gelde aus freiwilligen Gaben auch von Nichtmitgliedern der Gemeinde, zur Beisetzung der zahlreichen Armen rd. 80 000 M. zur Verfügung gestellt worden. Einen mindestens ebenso hohen Wert stellten die außerdem zur Verfügung gestellten Naturalien dar, an denen sich in ganz hervorragendem Maße der Grobgrundbesitz der Nachbarkreise beteiligt hatte. Wahrscheinlich ein schönes Zeugnis der brüderlichen Liebe, die hier so sichtbar zum Ausdruck kam und es ermöglichte, den Armen der Armen einen vollreichen Gabentisch zu bereiten!

Am ersten Weihnachtsfeiertage herrschte trockenes Wetter; erst in den Wendstunden wirbelten dichte Schneeflocken vom wellenüberpannten Himmel hernieder, die allerdings bei den aus dem Süden kommenden Winden das Bestreben zeigten, sich sogleich wieder in ihre Atome aufzulösen. Gleichwohl bot sich am zweiten Weihnachtsfeiertage der Anblick einer dichten Schneedecke, die eigentlich war, die Weihnachtsstimmung zu erhöhen.

Heute hat der Alltag seine Herrschaft wieder angetreten, „des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr erhält uns im Gleise“. Die leichte Woche des Jahres 1921 hat begonnen, mit Riesenstritten eilt sie und damit das Jahr dem Ende entgegen.

hb.

## Organisation der Spiritusbewirtschaftung.

Uns wird von zuständiger Stelle geschrieben: Die Suspendierung des Spiritusmonopols durch die Regierung und die damit verbundene Liquidation des Urzad Spiritusow in Posen hat die Notwendigkeit ergeben, die Spiritusbewirtschaftung im ehemals preußischen Teilgebiet zu organisieren. Zu diesem Zweck ist unter dem Vorst. Sr. Egzellen Herrn Dr. Kotykowski eine Gesellschaft m. b. H. gegründet worden, welche die gesamte Spiritusindustrie des ehemals preußischen Teilgebiets umfaßt, unter der Firma: „Bachodno-Połska Biedoczenie Spiritusowe, Tomaszów a ogranica poręba“ in Posen. Der Gesellschaft gehören an: die Poznańska Spółka Olowiana, die Pomorska Spółka Olowiana (Spiritusverwertungsgenossenschaften der Wojewodschaften Posen und Pommern) und alle Spiritusaffinerien, und zwar die Aktiengesellschaft „Alkowit“ in Posen, die Firma H. A. Winkelhausen in Stargard zusammen mit der Aktiengesellschaft in Thorn und die Firma C. A. Franke in Bromberg. Das Gesamtcapital der Gesellschaft beträgt rund 200 Millionen Mark bei einer Garantie von 2 Milliarden Mark.

In den Hauptvorstand sind berufen worden die Herren: Kommerzienrat Stanisław Turowski aus Objecze, Landesmarschall von Pomorze Dr. Wollfslegier aus Szenfeld, Rittergutsbesitzer v. Treslow aus Dwinsk, Rittergutsbesitzer Fr. Würg aus Kołozłotow, Fabrikbesitzer Siefert aus Stargard, Konrad Kazimierz, Direktor der Aktiengesellschaft „Alkowit“ in Posen, Kazimierz Borowicz, fr. Direktor des Urzad Spiritusowy, aus Posen, Graf Roman Niemcewski, Abteilungschef im Okręgowy Urzad Biemski in Posen, und Dr. Jan Podkomorski, fr. Chef der Abteilung für Kommunalverwaltung im Ministerium des ehemals preußischen Teilgebiets, aus Posen. Leichtgenannte drei Herren bilden die Direktion der Gesellschaft. Zu Vertretern der Hauptvorstandsmitgliedern wurden gewählt die Herren: Dr. Józef Glabisz aus Goleniowa, Präsident der Landwirtschaftskammer für Pomorze Dr. Egon Tempski aus Thorn, Landschaftsrat Hoffmeyer-Blotnicki aus Blotnicki, Rittergutsbesitzer von Kries aus Wąsiki und fr. Landgerichtspräsident Sobiecki aus Stargard.

# Zur Ansiedlerfrage. Der Ansiedlerauschuß beim Posener Deutschen und hat vor kurzem Gelegenheit gehabt, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die gegenwärtig die Ansiedler beschäftigen. Bezüglich der Ansiedler, die jetzt den Liquidationsbezirk zugestellt erhalten haben und die keine Möglichkeit haben, aus irgend welchen besonderen Gründen die Liquidation im Wege des Protests anzusehen, wurde festgestellt, daß nach den Bedingungen des Liquidationsausschusses der etwaige Verkauf durchaus nicht unbedingt an einen Polnischstämmigen zu erfolgen hat. Es kann auch an einen Deutschstämmigen verkauft werden, wenn er polnischer Staatsbürgers ist und nicht volkseindliche Gesinnung betätigt hat. Was die Optionsfrage betrifft, so stellt man sich nach Entgegnahme von Berichten über die Rechtslage und die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands entschlossen auf den Standpunkt, daß im allgemeinen von einer Option auf das dringend benötigte Gebiet nicht, bedenken gegen das Verstreichenlassen der Optionsfrist besteht schon deshalb nicht, weil das Deutsche Reich sich verpflichtet hat, Deutschstämmige unter allen Umständen jederzeit als deutsche Staatsbürger wieder aufzunehmen. Auch die Schwierigkeiten, die bezüglich der Vererbung von Ansiedlergrundstücken bisher gemacht wurden, dürfen keinen Anlaß zu überreiter Option für Deutschland bieten.

X Die Verteilung von Marken für den sog. Weihnachtszucker, vermutlich deshalb so benannt, weil die Markenverteilung erst mit dem 21. Januar 1922 beendet sein wird, und man somit frühestens dreieinhalb Wochen nach dem Weihnachtsfeste den Zucker in den Geschäften erhalten kann, findet seit dem 22. d. Mts. an die Einwohner der Stadt Posen nach den Polizeireviereien und nach Buchstaben geordnet, in dem städtischen Amtszimmer Plac Sapieżyński 10a (fr. Sapiezyński) statt. Der Verteilungsplan ist an den Büfzäulen seit Sonnabend, 24. d. Mts., angelegt, obwohl mit der Verteilung der Zuckerarten an die Bewohner des 1. Polizeireviereis bereits am Donnerstag, 22. Dezember, begonnen worden ist. Die Ausgabe der Marken, die zum Empfang von je 3 Pf. Zucker auf die Person zum Preise von je 194 M. das Pfund berechtigen, geschieht nach folgendem Plan:

1. Revier: A-G am 22. Dezember, H-N am 23., L-O am 24., P-Z am 25. Dezember; 2. Revier: A-K am 20., L-Z am 30. Dezember; 3. Revier (Wibla): A-G am 18. Januar, H-N am 19., L-O am 20. und P-Z am 21. Januar; 4. Revier: A-G am 31. Dezember, H-N am 2. Januar, O-Z am 3. Januar; 5. Revier: A-K am 4. Januar, L-Z am 5. Januar; 6. Revier: A-G am 7., L-Z am 9. Januar; 7. Revier (Jersik): A-G am 10. Januar, L-Z am 11. Januar; 8. Revier (Jersik) und ein Teil

von Lazarus): A-G (soll wahrscheinlich bis K heißen) 12. Januar, H-N am 13. Januar, O-Z am 14. Januar; 9. Revier (Lazarus): A-K am 16. Januar, L-Z am 17. Januar.

Dieser Verteilungsplan enthält verschiedene irrtümliche Angaben. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß es unrichtig ist, wenn immer wieder auf den städtischen Lebensmittelverteilungsplänen die Häuser ul. Małejcza 1-28 (fr. Prinzenstraße) als zum 8. Polizeirevier gehörend angegeben werden. Tatsächlich sind nur die Häuser ul. Małejcza 1-7 dem 8. Polizeirevier zugestellt, während die Häuser 8-28 schon zum 9. Revier gehören. Außerdem sind gerade an dieser Stelle, an der die Häuser der Prinzenstraße irrtümlich als zum 8. Polizeirevier gehörend angegeben werden, wohl die Buchstaben A-G, dann aber gleich die Buchstaben H-N angegeben; während die Buchstaben O-Z und K des 8. Polizeireviereis überhaupt nirgends zu finden sind. Offenbar handelt es sich nicht um eine absichtliche Auslassung dieser drei Buchstaben, sondern nur um einen Druckfehler.edenfalls sind sich die Träger von Namen mit diesen Anfangsbuchstaben seines Verschuldens bewußt, das eine absichtliche Ausschließung zu rechtfertigen vermöchte.

X Eierauflösungs-Verbot. Das polnische Haupt-Ein- und Ausfuhramt hat beschlossen, bis zum Beginn der neuen Eiersaison keine Ausfuhrgenehmigungen für Eier zu erteilen. Hinsichtlich tritt dieses Verbot dazu bei die gegenwärtig unerschwinglichen Eierpreise (70 bis 750 M. die Mandel) wieder auf eine einigermaßen erträgliche Höhe zu bringen.

X Noch ein neuer, für Landwirte wichtiger Kalender! In diesen Tagen ist im Verlage des Landwirtschaftlichen Centralwochenblatts in Posen, Wjazdowa 3 (früher im Berliner Tor) unter dem Titel „Landwirtschaftlicher Taschenkalender für das Jahr 1922“ ein von Verbänden Deutscher Genossenschaften in Posen herausgegebener Taschenkalender erschienen, der zweifellos unseren Landwirten herzlich willkommen sein wird. Er enthält außer einem ländlichen Kalender und den ländlichen Sonntagsbenennungen 1922 eine Übersicht über die verfügbaren Futtermittel, Tabellen für die tägliche Futterration und für die Gesamtunterhaltung der Winterperiode, eine Tafel für die Buchführung des Landwirks bei einer Vermögensaufstellung, ein Inventarienverzeichnis, ein Schema für die Aufstellung des steuerpflichtigen Vermögens, Postkontrolltabelle, eine Berechnung der Düngerzeugung, wichtige Angaben über die Zusammensetzung der Dünger, die Errichtung der Düngerauhäfen, die färmlichen ländlichen Düngemittel, die Zusammensetzung von Kalisalzen, die Stickstoffdüngemittel usw. Errechnungstabellen des Getreidepreises aus dem Tonnen in den Schaffellkreis, Samenmischung für Biesen und Weizen, Dauerweiden auf Alerland, Anbau des Rofles Gewichtsbestimmung der Schlachtiere, die metrischen Maß- und Gewichtseinheiten, Temperatur und Niederschläge, Flächen- und Körverberechnung, die metrischen Maße, Nährstoffgehalt der Futtermittel, Fischereikalender, Zins-, Amortisations- und Diskontotafel. Ganz besonders willkommen aber dürfte den Landwirten die Angabe der Landwirtschaftlichen Vereinigungen und Behörden, der Jagd- und Schorzenen, die zusammenstellende Übersicht über Landwirtschaftliche Vereine, Genossenschaften und Korporationen in Posen sein. Der Kalender ist zum Preise von 700 M. vom Verlage des Landwirtschaftlichen Centralwochenblattes in Posen, von den Buchhandlungen zu etwas teuerer Preise zu beziehen.

# Nächliche Ruhestörung und Sachbeschädigung durch einen Offizier. In der Nacht von Montag auf Dienstag verlangte ein in dem Hause ul. Zwierzyniecka 1 (früher Tiergartenstr.) wohnender Militär-Kapellmeister höheren Ranges den Dienstboteneingang vom Hause aus, obwohl er den Schlüssel zu dem herrschaftlichen Eingang in der Tiergartenstraße hatte und sowohl die Haushälterin als auch der Beamte der Wach- und Schließgesellschaft bereit waren, ihn durch den Bordereingang hereinzulassen. Da der Hofeingang nachts immer wegen der Einbruchsgefahr verriegelt ist, wurde dem Herrn sowohl von der Haushälterin als auch von einem heidegeholten Schuhmann gelagt, er möchte den üblichen Eingang in der Tiergartenstraße benutzen. Dieser berechtigte Ablehnung seines unberechtigten Verlangens versetzte den Herrn Kapellmeister in eine solche Wut, daß er mit dem Säbel an die Tür donnerte und dann mehrere Fenster Scheiben zertrümmerte. Schließlich wurde die Haustür von dem deutschen Wirt des Hauses geöffnet, der zum Dank dafür von dem Ruhesünder (und seiner Frau) in der heiligsten Weise beschimpft („Deutsches Schwein! Hasst! Schwabe!“ und dergl.) und mit dem Säbel bedroht wurde. Als das ruhestrebende Ehepaar seine hintere Wohnung für erreicht hatte, erwies sich, daß weder der Mann noch die Frau einen Schlüssel zu dieser Tür in der Tasche hatten, sodass sie sich jetzt, nachdem sie ungefähr zwei Stunden hindurch das ganze Haus um Schlag und Ruhm gebracht hatten, doch nach dem Eingang in der Tiergartenstraße bemühen mussten, um in ihre Wohnung hineinzugelangen. Der Vorfall wird selbstverständlich ein Nachspiel haben.

\* Karthaus, 22. Dezember. Am Freitag vormittag lehnten die Geschwister Witt aus Kujath, Kreis Karthaus, sowie eine weitere männliche Person von deutscher Seite die Einwanderung aus polnisches Gebiet zu. Sie versuchten Waren über die Grenze zu schmuggeln. Sie wurden vom Grenzposten angerufen, versuchten aber zu entlaufen. Der Posten gab Feuer, wobei Clara Witt aus Kujath erschossen wurde.

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse: 27. Dezember 23. Dezember

Bank Bielski I-IX em. ungeist.	220 +A	220 +A
Bank Handlow. Poznań I-VIII	360 +A	360 +A
Artolekt. Petocelli i. Ska. I-VI em.	225 +A	225 +A
Bank Biemski I-III	—	230 +N
Centrala Stör I-IV (exkl. Bez.)	230 +N	230 +N
Pozn. Sp. Dragma (ex. Bez.) I-IV	—	500 +A
Wytwornia Chemiczna III	160 +N	170 +A
Hurtownia Bielszka	140 +N	—
Hurtownia Drog.	140 +	135 +N
Bubon	—	600 +N
Dr. Roman Skar I-IV (exkl. Divid.)	405 +N	405 +N
Cieglisko I-VII em. (exkl. Bezugsr.)	—	190 +
Patria	335 +N	325 +N
E. Hartwig I-IV em.	310 +N	—
R. Borekowsk I-V em.	155 +N	—

### Inoffizielle Kurse:

Bank Centralny	—	300 +N
Bank Wysokosci	—	—
Bank Przemysłowa	200 +A	200 +A
Polski Bank Komisowy	—	150 +
Hartwig Kantorowicz (exkl. Kupon)	515 +	510 +N
Wiel. Huta Miedz.	280 +N	280 +
Orient	—	—
Areona	285 +N	—
Berzfeld-Viktoria	270 +N	270 +A
Sarmatia	365 +N	360-365 +
Benzli	490 +N	475 +
Wagon Ostrowo	150 +A	135 +A
Hurtownia Spółek Szwajc.	—	150 +N
4½ % Bos. Pfandbriefe	—	233 +N
Tanina	—	360 +N
Glor. Wielkopolski	—	140 +A</td

Die glückliche Geburt eines  
Töchters [4422]  
zeigen hoherfreut an  
**Hans Ephraim** und Frau **Jna**,  
geb. Blumenthal  
Lauenburg i. Pom., d. 24. Dezember 1921

Die glückliche Geburt eines gesunden  
Jungen  
zeigen hoherfreut an  
**Hugo Seifarth** und Frau **Ilse**  
geb. von Meien.  
Strzeszki, den 20. Dezember 1921.

**Statt besonderer Anzeige.**  
Die Verlobung ihrer ältesten  
Tochter **Anneliese** mit dem  
Kaufmann Herrn **Bruno Kam-**  
**rath** in Berlin beeilen sich  
bekannt zu geben.

**Bankrat Oesterreich** u. Frau **Hedwig**,  
geb. Breuer.

Poznań, Weihnachten 1921.  
ulica Niegolewskich 7. [4419]

Am 24. d. Mts., 12 Uhr mittags ver-  
schied sanft nach kurzen schweren Leiden unsre  
liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Witwe Anna Pfeiffer**  
geb. Schwanke,  
im 84. Lebensjahr. [4430]

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**August Pfeiffer** und Familie.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem  
29. d. Mts., nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des  
Kreuzkirchen-Friedhofes (am Schilling) aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme  
wie Kranzsenden sagen wir hiermit  
**innigsten Dank.**  
Familie Halanga, Poznań.

## Ostbank für Handel und Gewerbe.

Die außerordentliche Generalversammlung vom  
17. Dezember 1921 hat beschlossen, das Grundkapital  
um 25 000 000 M. durch Ausgabe von 25 000 Stück  
neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien über je 1000  
Mark zu erhöhen, welche vom 1. Januar 1922 ab voll  
gewinnberechtigt sein und im übrigen den alten Aktien  
gleichen sollen.

Nachdem der Kapitalserhöhungsbeschluss sowie  
dessen Durchführung in das Handelsregister eingetragen  
worden sind, werden die alten Aktionäre hierdurch  
aufgefordert, das Bezugsrecht über die 25 000 000 M.  
neuen Aktien unter folgenden Bedingungen auszuüben:  
1. Die Anmeldung hat bei Vermeidung des Aus-  
schlusses

bis zum 18. Januar 1922 (einschl.)

in Berlin bei der Berliner Handels-

Gesellschaft,

in Königsberg i. Pr. bei der Ostbank für Handel

und Gewerbe

oder bei deren Zweigniederlassungen in

Allenstein, Danzig, Elbing, Insterburg,

Landsberg a. W., Stolp, Tilsit,

in Memel bei der Memeler Bank

für Handel und Gewerbe

Aktiengesellschaft,

bei der Bank für Handel

und Gewerbe Poznań

Tow. Akc.

zu erfolgen. Sie ist provisionsfrei, sofern die Aktien  
— nach der Nummernfolge geordnet — ohne Ge-  
winnanteilscheinbogen mit einem doppelt ausge-  
fertigten Anmeldeschein, wofür Formulare bei den  
Stellen erhältlich sind, am Schalter während der  
üblichen Geschäftsstunden eingereicht werden.  
Findet die Ausübung des Bezugsrechtes im Wege der  
Korrespondenz statt, so werden die Bezugsstellen  
die übliche Bezugsprovision in Anrechnung bringen.  
2. Auf alle Aktien im Nennbetrage von 2000 M. wird  
eine neue Aktie im Nennbetrage von 1000 M. zum  
Kurse von 160 % gewährt. Bei Ausübung des Be-  
zugsrechtes ist der Bezugspreis sowie der Schluss-  
scheinstempel bar zu zahlen.

Beträge im Nennbetrage von weniger als 2000 M.  
bleiben unberücksichtigt, jedoch sind die Bezugs-  
stellen bereit, die Verwertung oder den Zukauf von  
Bezugsrechten zu vermitteln.

3. Die Zahlung des Bezugspreises wird auf dem einen  
Anmeldeschein bescheinigt. Gegen dessen Rück-  
gabe werden die neuen Aktien nach Fertigstellung  
ausgehändigt. Dieser Zeitpunkt wird bekannt-  
gegeben werden. Die Bezugsstellen sind berechtigt,  
aber nicht verpflichtet, die Legitimation des Vor-  
zeigers der Kassenquittung zu prüfen. [4424]

Königsberg i. Pr., den 23. Dezember 1921.

**Ostbank für Handel und Gewerbe.**

Heute vormittag 10½ Uhr entschlief sanft an Herz-  
schwäche infolge von Grippe mein lieber Mann unser guter  
Vater, Schwiegervater und Großvater, der  
Majoratspächter u. Rittmeister der Landw.-Kav. a. D.

## Georg Jässland

im fast vollendeten 68. Lebensjahr.

In tiefer Trauer:  
**Marie Jässland**, geb. v. Wahl,  
Margarete Jässland,  
**Dr. jur. Gerhard Jässland**,  
**Von Hoffmeyer-Blohm**, geb. Jässland,  
**Heinz Hoffmeyer**, Sohn, Gusow a. d. Ostb.,  
**Ulrich Jässland**,  
**Thea Jässland**  
und 2 Enkelkinder. [4423]

Mariwitz bei Bayersdorf, den 23. Dezember 1921.  
Kreis Landsberg a. Warthe.

Die Beerdigung fand in Mariwitz am 27. 12. mittags 12½ Uhr statt.

Heute vormittag entschlief sanft nach längerem  
Leiden meine liebe und gute Frau, unsere treue  
Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

## Frau Marie Stiller

im 68. Lebensjahr.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Oskar Stiller**.

Poznań, den 26. Dezember 1921.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 30. d. Mts., nach-  
mittags 3½ Uhr von der Kapelle des Christuskirchhofes in Götzyn  
(Gutschin) aus statt.

## DOM BANKOWY

**Jerzy J. Gronowski**  
**Poznań, ulica 27. Grudnia Nr. II.**

Telephon 2266 u. 2596. — Telegr.-Adr.: „Jegodom“ Poznań.

Eröffnet Laufende-, Depositen- und Konto-Korrent-  
Konten gegen Verzinsung bis zu 6 % je nach  
Kündigungsfristen.

Lombardiert Waren und Wertgegenstände.

Übernimmt Wechsel und andere Inkassos sowie  
erledigt bankmäßige Aufträge aller Art.

Kauft fremde Valuten und Devisen.

Kommissionär für die Polska Krajowa  
Kasa Pożyczkowa und sämtliche Devisenbanken.

## Fabrik-Grundstück.

Stillgelegte Brauerei, 1½ Hektar Grundfläche  
mit großen, modernen, massiven Gebäuden, im Re-  
gierungsbezirk Magdeburg, an schiffbarem Flusse ge-  
legen, Bahnanschluß leicht herstellbar, ist

verkäuflich.

Anfragen erbeten unter T. 550 an die Ge-  
schäftsstelle des Tangermünder Anzeiger erbeten.

**Tiesbangeräte, Heißbahnen, Loren,**  
**Arbeits- und Aufschwagen, Ge-**  
**schirre, Bementrohrformen, Ober-**  
**baugeräte, Installationsrohre, Fas-**  
**tonstücke, Steinzieher- u. Schmiedewerk-**  
**zeuge, Flaschenzüge, Kanalpumpen, Teer-**  
**stricke, Tonohrfassonstücke, Musikinstru-**  
**ment (Flügel) sowie ein Grundstück**  
mit 4 Morgen großem Obstgarten verkauf [4402]

**A. Unglaube, Baugeschäft, Jarocin.**

Suchen Sie Käufer  
auf Ihr Gut, Landwirt-  
schaft, Hausgrundstück  
Hotel, Geschäft usw. dann  
wenden Sie sich vertrauens-  
voll an die gerichtl. eingetru-  
ffene Handelsgeflecht  
von Neyman & Co.,  
Zenitale: Poznań 1,  
Piekary 5. Tel. 3975.

**Heirat.**  
Wirtschaftsprakt. Anf.  
Künziger, evgl. von herzen  
gutem Charakter möchte gern  
in ein Gut oder Geschäft  
eineheiraten. Off. u. I. A.  
4426 a. d. Geschäftsst. d. Bl.  
erbeten.

**Gut möbliertes**  
**Zimmer**  
v. einem Angehörigen d. deut-  
schen Delegation zum 1. Jan.  
gesucht. Ang. n. 4428 a. d.  
Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Ankündigung  
Eilt sehr!  
Den Auftrag schnell ent-  
schriften Herren suchen wie  
DB 8923

## Beteiligungs-

objekte, Fabriken, Einrichtungs-  
häuser Angebote von einwand-  
freien Unternehmen erbiten  
mit schnellstem Ankunft &  
Adress, Dresden, Feld-  
gasse 17.

**Drilling od.**  
**Büchslinte**  
zu kaufen gesucht, da biesig-  
förder seine Waffen gestohlen.  
Off. mit Preisangebot an  
Dom. Kłodzko p. Nowo,  
pow. Szamotuly.

**Landhaus,**  
viel Stallung, ca. 1 Morgen  
Gartenland, evtl. Bäderet,  
Bordt Berlin am Wasser ge-  
gen Preiswert zu verkaufen.  
so Mts. Georg Nicolai,  
Berlin SO. 33, Köpenicker  
Str. 10a. 4425

Schöner Hof in Holstein,  
2 Sib. v. Hamburg 175 Mrg.  
arrondiert u. voller, m. etg.  
Gütern, neue Hartdach-  
geb., 5 Zimmer, 3 Bld., 12  
Milchku, 5 Küngie, 20  
Schw. verl. f. 975 000 M. b.  
700 000 M. Anzahl. Mag  
Petersen Hamburg, Lang-  
gereihe 82. (Ala 149)

Graue Haare  
gibt die Naturfarbe  
unter Garantie wieder  
„Axela“  
**Haar-Regenerator**  
Flasche 150 Mk. bei  
J. Gadebusch,  
Poznań, Nowa ul. 7  
od. Axela G.m.b.H.  
Berlin N. 4,  
Schröderstr. 1.

**Kleiner Hof,**  
52 Mrg. an Baum u. Stadt  
in Holstein, m. mass. Hart-  
dachgeb., 2 Bld., 4 Milch-  
ku, 3 Jungv. 3 Schw. verkauf  
i. 320 000 M. b. 200 000 M.  
Anzahlung. Mag Petersen,  
Hamburg Langereihe 82.  
5 Min. v. Hawdow. (Ala 151)

**Buh- u. Wollwaren-**  
geschäft in ge. Zufluchtstadt, of.  
zu verkaufen, auch für and.  
Geschäft geeignet. M. Ul-  
rich, Neustadt O.-Schl.  
Ring 20. (4427)

Größeres Maschinengeschäft am  
Platz sucht zum 1. Januar evn. später:  
eine abschlußsichere  
**Buchhalterin**  
und  
eine jüngere  
**Stenotypistin;**

leichtere mühte evtl. auch leichtere Kontor-  
arbeiten übernehmen. Bewerbungen mit  
Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen  
unter 4405 an die Geschäftsstelle dieses  
Blattes erbeten.

Da Selbstbewirtschaftung hängt durch Vermittel-  
a. Deutsch. suche zum 1. 4.  
notwendig. od. 1. 7. 22  
andere sel-  
ständige oder 1. Beamten-  
stellung. 9 Jahre in ungekündiger leiterbar  
Stellung, beste Zeugnisse und Empfehl.  
aus guten Wirtschaften. (4410)

**W. Threde, Gutsver-  
walter, Błotowice b. Rydzyna.**

**Zu mieten gesucht**  
**5-6-Zimmer-**  
**Wohnung**

möbliert oder unmöbliert, im Zentrum.  
Offeren unter Nr. 6023 an Wielkopolska  
Agencja Reklamy, Poznań, Gwirna 19.  
Tel. 3924 — 3925. War 201

**PALACOWY**  
Teatr  
plac Wolności Nr. 6.

**Irrende**  
**Seelen**

Psychologisch. Drama  
nach dem berühmten  
Roman „Djota“ von  
Dostojewski mit  
**Asta Nielsen**  
in der Hauptrolle.  
Heute 1. Teil in 5  
Akten  
Großes Kästner-Konzert.